

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

107 (10.5.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einchl. 80 3/4 Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.80 M.; durch die Post bezogen 3.80 M., ohne Abhol- u. Postgebühren, monatlich. Einzelheft 20 3/4.

Ausgabe: Mittags 12 Uhr; Geschäftsstelle: 128; Redaktion Nr. 431.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.—M. Die 2spaltige 1.50 M.; Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist: 10 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Amerika und der Friede.

Washington, 9. Mai. Reuter. Die republikanischen Führer haben sich dahin geeinigt, daß die republikanische Resolution betr. Beendigung des Krieges mit Deutschland am Montag im Senat zur Beratung gebracht werden soll und zwar bis zur endgültigen Entscheidung darüber.

Amsterdam, 8. Mai. Die „Times“ melden aus Washington, republikanische Senatoren von allen Staaten beschloßen, in einer Versammlung, bei den Präsidentschaftswahlen das amerikanische Volk über die Völkerverbündnisse zu entscheiden zu lassen. Eine Erklärung verurteilt die Völkerverbündnisse, die Präsident Wilson aus Paris mitbrachte und schlägt vor, für den Fall, daß die Wahl auf einen Republikaner fällt, die Ausführung eines Programms, wie es Senator Knox in seiner letzten Rede aufstellte, die den Krieg für ungeschehen erklärt und die Errichtung eines parlamentarischen internationalen Gerichtshofes fordert.

Der Friedensvertrag mit Ungarn.

Budapest, 9. Mai. Nach einer Meldung des Ungarischen Korrespondenten sind an allen Häusern Budapests Plakate angebracht worden, die die Karte des alten und des im Friedensvertrag vorgesehenen Gebietes umfassen. Darunter war zu lesen: „Verflucht die Hand, die den Frieden unterschreibt!“

Graf Albert Apponyi erklärte einem Mitarbeiter des „Magyar Nemzet“ gegenüber: Der Friedensvertrag schafft einen Lebensunfähigen Staat und gefährdet deshalb die Ruhe Europas. Nichtsdestoweniger kann ich die Lage nicht als hoffnungslos bezeichnen, denn der Ausgang aus dem Begleit-schreiben, den wir kennen, scheint schon gewisse Wege zur Korrigierung der Ungerechtigkeiten des Friedensvertrages anzudehen.

In dem Begleit-schreiben heißt es: Der Oberste Rat erteilt die Antwort der Friedensdelegation, ob sie Vollmachten besitzt, den Frieden unter den mitgeteilten Bedingungen zu unterzeichnen. Die Antwort des Grafen Apponyi als Führer der Friedensdelegation wird wahrscheinlich dahin lauten, daß er persönlich nicht in der Lage sei, den Vertrag zu unterzeichnen, weil der Oberste Rat den ungarischen Wünschen nach Volksabstimmung nicht Raum gegeben habe.

Die Ungarn erhalten Fristverlängerung.

Paris, 8. Mai. Die Ungarische Friedensdelegation verlangte vom Sekretariat der Friedenskonferenz eine Verlängerung von fünf Tagen zu der Frist, die ihr eingeräumt worden war, um ihre endgültige Antwort auf die Friedensbedingungen zu erteilen. Dem Begehren wurde entsprochen.

Eine englische Kommission geht nach Ungarn.

London, 10. Mai. Auf Einladung des ungarischen Ministerpräsidenten werden sich anfangs dieser Woche Mitglieder der Arbeiterpartei und des parlamentarischen Komitees der „Trade Union“ nach Ungarn begeben, um eine Untersuchung zu führen über die Anstellung wegen systematischer Verfolgung der Arbeiterklasse und bezüglich der Verhältnisse in den Internierungslagern.

Ausdehnung der Streikbewegung in Frankreich.

Paris, 10. Mai. Der Allgemeine Arbeiterverband der Confédération générale du Travail hat gestern abend beschlossen, den Streik auf die Bauarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter auszuweiten. In der letzteren Kategorie gehören die Angestellten der Untergrundbahn, der Straßenbahn, der Autobusse, der Kraftmaschinen, der Speiditionsfirmen und der Wägenfabrik. Die Confédération générale du Travail wendet sich gleichzeitig in einem Aufruf an das Publikum und erklärt, die Weigerung der Regierung, die Forderungen der Arbeiterklasse in Ermüdung zu gehen, zwingt sie dazu, der Streikbewegung eine weitere Ausdehnung zu geben. Der Widerstand der Regierung werde die Aktion der Arbeiter nicht brechen. Das Ziel der Bewegung sei, die Verhältnisse zur Anerkennung der sozialen Kraft der Arbeit und der Notwendigkeit zu zwingen, den Arbeitern den Platz einzuräumen, auf den sie bei der ganz unumgänglichen notwendigen Reorganisation der wirtschaftlichen Tätigkeit des Landes Anspruch hätten. Die Confédération générale du Travail fordert die Arbeiter auf, die Bewegung in Ruhe und Ordnung fortzusetzen.

Nitti verteidigt seine Politik.

Mailand, 10. Mai. In der Kammer Sitzung vom Samstag wurde über die auswärtige Politik des Ministerpräsidenten Nitti diskutiert. Nitti wies die Angriffe zurück, daß er dem englischen Ministerpräsidenten in San Remo blindlings gefolgt sei. Ferner wies Nitti auf das große Interesse hin, das Italien und ganz Europa an der wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands haben, damit es in die Lage versetzt werde, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Lloyd George gegen Verstaatlichung.

London, 10. Mai. In einer dieser Tage gehaltenen Rede sprach sich Lloyd George mit aller Entschiedenheit gegen die Nationalisierung der englischen Industrie aus.

Vom Ruhrgebiet.

Räumung der neutralen Zone. — Zwei Todesurteile vollstreckt. Essen, 9. Mai. Nachdem gestern bereits ein Teil der Reichswehrtruppen Essen verlassen hat, folgt ihm heute der Rest der Truppen. Die Truppen, die in den letzten Wochen hier stationiert waren, verlassen die neutrale Zone.

Essen, 10. Mai. Am 13. April waren zwei Arbeiter vom außerordentlichen Kriegsgericht wegen Mordverbrechen mit Waffengewalt zum Tode verurteilt worden. Da der Reichspräsident von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, ist das Urteil heute in Münster vollstreckt worden; die beiden Verurteilten wurden erschossen.

Kapitän Erhardt angegriffen.

Berlin, 10. Mai. Kapitän Erhardt, der Führer der zurzeit im Münsterlager in der Auflösung begriffenen Marinebrigade hat den Befehl über die Brigade niedergelegt und das Lager verlassen. Er hat seine Wäsche der Truppe in einem Besondere belassen, der durch den Chef des Generalstabes General von Falkenhausen, den Soldaten mitgeteilt worden ist. Darin erklärt Erhardt, daß er sich vollkommen freiwillig dazu entschlossen habe, nicht in Haft zu gehen, sondern sich in Sicherheit zu bringen. (So machen es die Brüder alle. Zum Schluß wählen sie den besseren Teil der Tapferkeit.)

Neuregelung der Kartoffelwirtschaft.

Zu den Meldungen in der Presse über eine Sitzung der Reichslandwirtschaftsminister ist mitzuteilen: Die von einigen Zeitungen an den Sitzungsbericht geknüpfte Bemerkung, daß die Neuregelung der Kartoffelwirtschaft im nächsten Frühjahr durch Schaffung einer Reichsreserve von 100 Millionen Zentnern von allen Seiten Zustimmung gefunden habe und daß auch die Reichsregierung mit diesem Plane einverstanden sei, ist nicht richtig. Die Regierung und das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft haben eine endgültige Stellungnahme zu den Vorschlägen noch nicht genommen. Die Verhandlungen werden noch fortgesetzt und eine endgültige Beschlußfassung wird erst in einiger Zeit erfolgen.

Zur Verbilligung des Brotes in München.

München, 9. Mai. Auf den telegraphischen Protest der Stadtverordnetenversammlung von München gegen die Erhöhung der Mehlpreise hat, wie die „B. M.“ hören, das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft geantwortet, daß die Mehlpreiserhöhung unumgänglich war, da allein durch die zur Aufrechterhaltung unserer Vorratserhaltung für den Rest des Wirtschaftsjahres erforderliche Einfuhr mehrerer hunderttausend Tonnen Getreides der Reichsgetreidestelle Mehlkosten im Betrage von drei Milliarden Mark entstehen. Hierin werden durch die Mehlpreiserhöhung nur etwa 1 1/2 Milliarden gedeckt.

Zur Bestrafung des Frankfurter Polizeipräsidenten.

Frankfurt a. M., 10. Mai. Der Polizeipräsident von Frankfurt hat die von dem General der Rheinarmee erteilte Geldstrafe in Höhe von 10 000 M. den zuständigen französischen Behörden mit einem Schreiben übermittelt, indem er gegen die Bestrafung Erwirkung einlegt und dagegen protestiert, daß Waffen in beträchtlicher Zahl als zur Ausstattung der Polizei erforderlich vorhanden wären. Die vorhandenen Waffen seien nicht verheimlicht worden. Bei den wiederholten Verhandlungen habe er darauf hingewiesen, daß die zur Bewaffnung der Hilfspolizei bestimmt seien, und sie zweimal von Offizieren der Besatzungsarmee besichtigt worden sei. Die deutsche Reichsregierung und der Minister des Innern seien über den Sachverhalt verständigt und gebeten worden, die Angelegenheit zu verfolgen.

Auch die Münch.-Augsb. Abendzeitung aufgekauft.

Zum Verkauf der Münch.-Augsb. „Abendzeitung“ macht der „Bayerische Kurier“ folgende Mitteilungen: „Verkaufsobjekt 4 Millionen Mark, davon 1 Million von dem Schwerindustriellen Abgeordneten Hugenberg gestellt. Teilnehmer des Konsortiums sind Verlagsbuchhändler J. S. Lehmann, der Verleger und Herausgeber der extremen realistischen Monatschrift „Deutschlands Erneuerung“, Universitätsprofessor Dr. Otto, Vorsitzender des deutschen Nationalen Vereins in München, Bankdirektor Seib von der Deutschen Bank, Bankdirektor Dietrich von der Bayerischen Vereinsbank, Mitglied der deutschen Volkspartei, Syndikus des Bayerischen Industriellen Verbandes Dr. Clafer, Regentkapitän Lang und ein Vertreter des Zeitungsbetriebs. Die politische Richtung der „Münch.-Augsburger Abendzeitung“ soll erst in einer Aufsichtsratsitzung bestimmt werden.“

Kämpfe in Palästina.

London, 10. Mai. „Reef's Dispatch“ meldet aus Jerusalem: 4000 Araber mit Maschinengewehren und zwei Geschützen haben die Franzosen im Vanjas-Distrikt angegriffen. Die Franzosen fanden einen sehr schweren Übermacht gegenüber. Die Verluste auf beiden Seiten sind schwer.

Kleine Nachrichten.

In einer Konferenz in der Reichslandwirtschaftsminister, bei welcher Vertreter des Deutschen Städtetages, des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, des Verbandes der Kartoffelinteressen und des Reichswirtschaftsministeriums anwesend waren, wurde dem bereits vor einiger Zeit aufgetauchten Projekt zugestimmt, eine Reichsreserve von etwa 100 Millionen Zentnern Kartoffeln zu schaffen, welche an die Bevölkerung der Städte und Industriezentren nach einem besonderen von der Reichslandwirtschaftsminister ansguarbeitenden Schlußbericht werden sollen. Erster Punkt. Am Donnerstag nachmittags erkrankte beim Baden im Genfer See der Arzt und Volkswirtschaftler Dr. Th. Frick aus München. Er war während der Münchener Völkerverbund-Konferenz in München. Er war während der Münchener Völkerverbund-Konferenz in München. Er war während der Münchener Völkerverbund-Konferenz in München.

200 000 Mark Gewinn.

In der preussisch-süddeutschen Klassenlotterie fiel der Gewinn von 200 000 M auf die Nummer 112895 (Eine Gewin.)

Reichskonferenz, Wahlkampf, Sozialisierung.

Der sozialdemokratischen Reichskonferenz kann man nachsagen: sie hat den Gegnern keinerlei Argumente geliefert. Die Debatte über den Fall „Roske“ hat in diesem Augenblick nur geschichtliche Bedeutung. Ob man glaubt, daß Roske schwere Fehler begangen hat, oder ob man in ihm ein Opfer widriger Verhältnisse erblickt, die auch kein anderer hätte meistern können, jedenfalls ist die ganze Partei einig in der Anerkennung von Roskes ehrlichem Charakter und aufrichtigem mühevollen Streben, dem Besten des deutschen Volkes zu dienen, und ebenso überzeugt, daß er ein politisches Opfer des Kapp-Putsch geworden ist. In jedem Falle trug Roske die Verantwortung um mit ihr belastet muß er bis auf weiteres aus der Reihe der Führer in die Truppe der Soldaten zurücktreten. Persönlich hoffen wir, daß andere Zeitumstände ihn wieder hervorzuweisen werden.

In diesem Urteil vermag auch die Tatsache nichts zu ändern, daß die Rede des Genossen Roske auf der Reichskonferenz im allgemeinen eine recht unglückliche war, seine Angriffsfront ihm diesmal einen Streich gespielt hat. Der Hieb ist nicht in jedem Falle die beste Verteidigung, wie es eben auch sehr berunglückte Offenbarungen gibt.

Jedenfalls ist der Fall Roske nicht geeignet, irgendwelcher Streit in der Partei zu nähren. Die Sozialdemokratie treibt Politik auf Grund der Tatsachen, und die Tatsachen liegen in diesem Falle so gebieterisch, daß nur Eigeninn sich ihnen verschließen kann. Der Putsch von rechts hat uns eine bestimmte Linie der Politik vorgeschrieben, genau wie früher die Putsch von links und die Roskepolitik aufgezwungen haben. Die notwendige und unmittelbare Folge des Kappüberfalles ist die Front im Wahlkampf gegen rechts, der Auf: Rechts steht der Hauptfeind! In den stimmt die ganze Sozialdemokratie einmütig ein.

Einmütig ist das Urteil der ganzen Partei über die Koalitionspolitik. Niemand begeistert sich für sie, jeder wünschte, durch eine sozialistische Mehrheit ihrer Notwendigkeit entoben zu werden. Nur gestützt auf den Willen der Mehrheit des Volkes kann es geradeaus in der Richtung vorwärtsgehen, in die wir streben. Aber kann man die Weltgeschichte nicht betreiben, so kann man als Demokrat nicht mit der Minderheit gegen den Willen der Mehrheit regieren wollen. Man kann sich auch nicht als Minderheit unter allen Umständen von der Regierungverantwortung fernhalten, wenn man nicht die ganze Macht in die Hände der Reaktion spielen und dadurch die Interessen der Arbeiterklasse trivial schädigen will. So bleibt auch in Zukunft, wenn die Wahlen keine sozialistische Mehrheit ergeben, eine Koalition taktische Möglichkeit und unter Umständen Notwendigkeit.

Der Hauptvorwurf, der gegen die Koalition erhoben wurde, ist aus den Reihen der Arbeiter und Parteigenossen der, daß sie zu wenig für die Sozialisierung getan habe. Wie auf allen Gebieten die Koalition ihrem Wesen nach eine Halbheit und ein Kompromiß sein muß, so natürlich erst recht auf dem Gebiete des Fortschrittes zum Sozialismus, dem Zentrum und bürgerliche Demokraten nur widerwillig mitmachen. Aber trotzdem steht in dem Vorwurf viel Unverständnis und Unverständnis für Deutschlands wirtschaftliche Lage. Kein Land in der ganzen Welt ist von den anderen Ländern und vom Weltmarkt so abhängig wie das geschlagene Deutschland. Wir haben im Lande kein Kupfer, keinen Kautschuk, keine Baumwolle, fast kein Eisen; wir müssen Nahrungs- und Genussmittel einführen, wenn wir nicht dauernd hungern wollen, wir sind mit mindestens der Hälfte unserer Rohstoffe ganz auf das Ausland angewiesen. Auf die Dauer können wir uns deshalb unmöglich den Weltmarktpreisen entziehen, gleichviel welche Regierung wir haben. Die ungeheure Teuerung mußte nach der Niederlage von Monat zu Monat fortgeschreiten, auch unter der schönsten Planwirtschaft, auch unter dem wildesten Kommunismus oder der freiesten Konkurrenz welche beide die Not nur vergrößern konnten. Eine geregelte Planwirtschaft war durch das Loch im Westen und das Danziger Loch im Osten unmöglich gemacht.

Aber hätten wir im großen Umfange sozialisieren wollen und können, dann würden die Sozialisten aller Richtungen bei diesen Wahlen eine fürchterliche Niederlage erleiden. Ist doch seit der Revolution alles dreimal oder viermal teurer geworden. Das alles hätte man bei rascher Sozialisierung eben dem Sozialismus zur Last gelegt, dem unwirtschaftlich arbeitenden Staatsbetrieb, der Unzuverlässigkeit der gemeinwirtschaftlichen Organisation. Heute aber weiß man, daß die Teuerung am raschesten einsetzte und am wüsten wurde überall, wo die öffentliche Bewirtschaftung aufgegeben wurde, wie bei Eisen, Leder und Zedern. Heute kann jeder Wähler durch einen einfachen Vergleich feststellen, daß nicht nur die öffentlichen Betriebe, Eisenbahnen, Straßenbahnen, Post usw. den Preis ihrer Leistungen vervielfacht haben, sondern daß es mit den Produkten der privatkapitalistischen Industrie genau so steht, daß die Kohle aus den Gruben der Kapitalisten genau so teuer geworden, wie die aus den Staatsgruben. So geht aus der großen Krise der Wirtschaft und der Preise der sozialistische Gedanke unbeschädigt hervor, und die Zeitungen, die am wildesten gegen den Sozialismus wettern, schreiben heute gerade am lautesten nach öffentlicher Bewirtschaftung des Holzes und des Goldpapiers.

Trotz aller weltwirtschaftlichen, innerpolitischen und agitatorischen Schwierigkeiten der Sozialisierung ist sie aber ständig vorwärts gegangen. Die ganze wichtige Elektrizitätsindustrie ist bergesellschaftet, die Deutschland vertriebenen Eisenerze, Kohle und Stahl unter öffentlicher Kontrolle genom-

men. Das Gesetz über die Sozialisierungsbefugnis der Gemein- den liegt der Nationalversammlung vor. Die fortschreitende Bergeseifung von Kohle und Kali ist bei ihr beantragt. Ein- fuhr und Ausfuhr hat das Reich nach Ueberwindung unendlicher Schwierigkeiten durch die Ausfuhrhandelsstellen in den Bereich seines Quarfusses gebracht, und ein Teil der Gewinne fällt jetzt durch Ausfuhrabgaben an die Reichskasse. Die Sozialisierung marschiert eben nicht nur auf Plätzen, sondern in der Wirklich- keit. Sie wird um so rascher marschieren, je mehr Wähler am 5. Juni — in vier Wochen! — sozialdemokratisch stimmen. Darum ergeht von der Reichskonferenz an alle der Ruf:

Vorwärts auf der alten Bahn der sozialistischen Demokratie nach dem Willen des Volkes, vorwärts mit aller Kraft zum Sozialismus!

Politische Uebersicht.

Entschädigungssumme und bereits geleistete deutsche Zahlungen.

Frankösisch und einige englische Blätter glauben die bevor- stehenden Verhandlungen in Spa nicht besser einleiten zu können als mit der Behauptung, daß Deutschland, das bis zum 31. März nächsten Jahres 20 Milliarden an die feindlichen Mächte zu zahlen hat, bisher nichts geleistet und nur seinen bösen Willen gezeigt habe. Besonders Frankreich hat ein Interesse da- ran, diese Fiktion aufrechtzuerhalten, weil es seine Bürger in dem Glauben erzogen hat, daß Deutschland die ganze Kriegsschuld bezahle und den französischen Steuerzahlern die Tragung großer Steuerlasten abnehmen werde. Man möchte Deutsch- land als ewig mackende Kuh benutzen, hat aber gleichzeitig Angst, daß die deutsche Wirtschaft schneller wieder zu Kräften kommen könnte als die französische und möchte dabei am liebsten für die deutsche Wirtschaft gar nichts tun. Aber schon während der Friedensverhandlungen ist den französischen Wortführern gesagt worden, daß sie entweder auf die Befriedigung ihrer Mäde oder auf Geld verzichten müßten, daß man Deutschland nicht beschlagen und gleichzeitig große Renten von ihm beziehen könne.

Deutschland hat aber tatsächlich große Leistungen bereits vollzogen. Natürlich kann es sich dabei nur um Schätzungen han- deln. Die Saargruben, die an Frankreich abgetreten sind, kann man auf 1 Milliarde Mark ansetzen, das Reichs- und Staatsvermögen in den abgetretenen Gebieten, auch wenn man die Kiegensschaften in Elsaß-Lothringen, in Eupen, Malmedy und Polen gar nicht in Rechnung zieht, auf 7 Milliarden. Dazu kommen die Wertgegenstände auf Grund des § 236 des Friedensvertrages, die sich aus verschiedenen Posten zusammen- setzen, wie Wiederkaufbaukosten, Tiere, Maschinen, Kohlen, Farb- stoffe, Kavel, Eisenbahnmateriale, Kali, Saatgut und die sich bisher auf mehr als 2½ Milliarden belaufen. Dazu kommt der Wert einzelner Handelsflotte, der mit Ziffern über die Verluste nicht einfach wiedergegeben ist, da sie ja verbrenntes Kapital sind. Wei- ter sind anzuführen die sogenannten Rücklagen, die sich aus Milliardenposten und nicht militärischen Wertobjekten zusammen- setzen. Auch hier handelt es sich um Milliardenbeträge. Wie hoch die Liquidationen der deutschen Unternehmungen im Aus- land anzusetzen sind, wird sich erst bei der Tätigkeit der Reichs- ausgleichskommission herausstellen. Sie waren eine Hauptstütze für unsere Weltwirtschaft und das sagt für ihren Nennwert genug. Die deutschen Forderungen an Oesterreich, Bulg- arien und die Türkei sind auf rund 7½ Milliarden zu be- messen, die Zölle und Steuern, die die Ententebefugnisse für sich behalten, um daraus die Kosten der Verwaltung zu bestreiten, gehen in die Hunderte von Millionen. Der Wert der von uns abgetretenen Flugzeuge und des Eisenbahnmateriale, das wir in Rußland-Polen zurückgelassen haben, ist bei alledem ebenso wie in Rechnung gestellt wie der Anteil der Vorkriegsschuld, den die abgetretenen Gebiete zu übernehmen haben. In allen diesen Leistungen gefellen sich dann bekanntlich die ungeheuren Kosten für die Befahrungstruppen und den Unterhalt der zahlreichen Entente-Kommissionen in Deutschland.

Wie unerhört Deutschland ausgenommen wird, zeigen die nachstehenden Zahlen der Belastung, die dem Deutschen Reich durch den Unterhalt der interalliierten Ueberwachungskommissionen sowie der interalliierten Verwaltungsausschüsse in den Abstim- mungsgebieten erwächst.

1. Interalliierte Ueberwachungskommissionen: Nach einer neuerlichen Festsetzung des Obersten Rates sind von Deutschland folgende monatliche „Entschädigungen“ zu zahlen:
 - a. Offiziere: Generale 21 000 M., Obersten und Oberstleutnants 15 000 M., Majore 18 500 M., Hauptleute und Subalternoffiziere 12 500 M. — b) Untere Rangklassen: Feldwebellieutenants (Ded- offiziere) und Unteroffiziere 5500, Gemeine 3500 M.

Die Gesamtaufwendungen des Reiches allein für diese Ge- haltsszahlungen belaufen sich auf monatlich 10 Millionen Mark. Dazu kommen noch die gleichfalls sehr erheblichen Ausgaben für Unterkunft, Büroverrichtungen, vertraglich angestelltes deutsches Personal und Ähnliches.

2. Die Gehaltsbezüge für die Mitglieder der interalliierten Verwaltungsausschüsse in den Abstimungsgebieten sind vom Obersten Rat in englischer Währung festgesetzt; sie werden vom Deutschen Reich in deutschem Gegenwert bezahlt. Im Einzelnen betragen sie neben freier Unterkunft monatlich:

für den Kommissar 250 Pfund Sterling, für die Beamten zweiter Klasse 120, für die Beamten 3. Klasse 100, für die Be- zirksoffiziere 120, die Sekretäre 100, die Maschinenschreiber 45, die Chauffeurs 30 Pfund.

Hierzu hatten sich, als der Kurs des englischen Pfundes auf rund 400 Pfund, die Monatsbezüge eines Kommissars auf 100 000, die eines Maschinenschreibers auf 18 000 M., die eines Chauffeurs auf 12 000 M. belaufen. Nach dem Kurs vom 5. Mai betragen sie in runden Summen: für den Kommissar 52 500, für den Maschinenschreiber 9450, für den Chauffeur 6300 M.

Die Gesamtaufwendungen, die sich demnach allein für die vorstehend angeführten beiden Gruppen von Entente-Ausschüssen — daneben hat Deutschland noch für den Unterhalt anderer Kommissionen aufzukommen — für das Reich ergeben, sind natürlich gemaltig. Sie sind, auf das Jahr berechnet, mit einem Betrage von 400 000 Millionen Mark sicherlich nicht zu hoch ge- schätzt.

Unterstaatssekretär Stöck über das Unter- suchungsamt über die Märzvorgänge.

Auf die Frage nach der Anzahl der bisher behandelten Fälle erklärte der Unterstaatssekretär, daß bis jetzt dem Unter- suchungsamt 290 Fälle zur Erledigung überwiesen wurden, von denen einzelne mehrere Offiziere betreffen. In 14 Fällen ist die Untersuchung bereits abgeschlossen und dem Herrn Reichs- wehrminister vorgelegt worden. In drei Fällen ist die Ver- schuldigung als belang- und beweislos niederkatzen, in vier Fällen zu beurteilen und die Akten zur gerichtlichen Behand- lung dem Oberreichsanwalt zu überweisen; in sieben Fällen ist auf Dienterhebung erkannt und Anklage beim Oberreichsanwalt erhoben worden.

Ein Vertreter der „F. F. N.“ hatte Gelegenheit, den Unter- staatssekretär im Reichswehrministerium über die Tätigkeit des Amtes zu befragen, das die Untersuchung gegen die wäh- rend der Kampftage eckbrüchigen Offiziere der Reichswehr zu führen hat. Unterstaatssekretär Stöck führte dabei aus:

Die Untersuchung wird gründlich und mit möglich- ster Beschleunigung durchgeführt. Darauf hat nicht nur das Volk einen Anspruch, es liegt auch im Interesse der Reichswehr selbst. Wir wollen die Reichswehr zu einem jenseitigen Machtinstrument der Republik machen. Die Untersuchung erfolgt in dem unter mehrer- leitung stehenden Untersuchungsamt durch paritätisch zusam- mengesetzte Delegationen, die aus einem Staatsoffizier und einem Abgeordneten oder Politiker der Reichsparteien be- stehen und von denen bis jetzt fünf eingeteilt sind. Grundtat- sache ist, daß die Untersuchung objektiv ohne Ansehen der Person und ohne Vorurteilsgenommenheit geführt wird. Die Milderer Delegationen lauten entweder auf Frei- spruch, Verurteilung, Entlassung oder Dienterhebung. Ursprünglich war beabsichtigt, sie einem parlamentarischen Aus- schuß zu unterbreiten. Die Mehrheit der berufenen Mitglieder der Nationalversammlung hielt diesen Weg jedoch nicht für er- forderlich. Damit war der Gang über den Ausschuß erledigt. Die Tätigkeit des Untersuchungsamtes ist lediglich vorprü- fender Natur. Dem Gericht, dem die Akten zugewiesen werden, soll nicht vorgeurteilt werden, wie auch die definitive Anerkennung der Reklame Sache des Reichswehrministers beim Reichspräsidenten ist.

Badische Politik.

Verhandlungen der Eisenbahner über eine Teuerungszulage ab 1. April.

Vom Verband des badischen Verkehrspersonals wird uns ge- schrieben: Eine Landeskonferenz vom 21. und 22. April hat sich eingehend mit obiger Frage befaßt und verlangt, daß die Stun- denlöhne ab 1. April durchweg um 1,00 M. zu erhöhen sind. Bis zur endgültigen Regelung hat die Organisation bekanntlich einen Rindenvorschlag von 1 M. pro Stunde verlangt, der zur abschließenden Auszahlung hätte gelangen sollen. Die Generaldirektion, sowie das Finanzministerium haben diese Forderung bestritten, indem sie das Reichsverkehrsministerium in Berlin, als die num- merische zuständige Instanz, weiter geleitet. Ueber die hierauf erfolgte Antwort haben am 4. Mai bei der Generaldirektion Verhandlungen mit Vertretern der beiden Arbeiterorganisatio-

nen stattgefunden. Herr Staatsrat Schulz erklärte, daß er Weisung vom Reichsverkehrsministerium in Berlin habe, über die von der Nationalversammlung bewilligte, vorläufige Teue- rungszulage nicht hinauszugehen. Nach diesem Beschluß sei eine Zulage pro Stunde von 80 Pf. in der 1. Ortsklasse, 70 Pf. in der 2. und 60 Pf. in der 3. auszugeben. Außerdem als Kinder- zulage für jedes Kind bis zu 14 Jahren 20 Pf. in der Stunde gewährt. Nachdem sich der Vertreter des „Badischen Eisenbah- ner-Verbandes“ dahingehend geäußert hatte, daß seine Organi- sation nicht auf den ausgesetzten Forderungen festhalte, aber an- dereiseits diesem Angebot zustimme damit die Arbeiter möglichs- rasch Geld auf die Hand bekommen, gab der Vertreter des Ver- kehrspersonalverbandes zunächst die Erklärung ab, daß seine Or- ganisation nicht gewillt sei, von der Forderung auf Zahlung eines Vorzuschusses von 1 M. pro Stunde abzugeben. Hierauf er- klärte die Generaldirektion, daß sie in keiner Weise ermächtigt sei, dem zuzustimmen, da sie an die Weisung von Berlin gebun- den sei. Würden die Vertreter der Organisationen nicht zustim- men, so müßte erneut an das Reichsverkehrsministerium berich- tet werden, dabei würde aber schließlich nur das eine erreicht werden, daß die Auszahlung der Zulage hinausgeschoben wird. Daraufhin einigten sich die beiden Organisationen auf eine Er- läuterung, die dem Sinne nach lautet:

„Wir stimmen der Vorlage der Generaldirektion nur un- ter der ausdrücklichen Bedingung zu, daß an unserer Förde- rung von 1 M. bezw. 1,00 M. nicht gerüttelt wird. Wir betrach- ten somit diese Zulage nur als Vorzuschußzahlung auf die ab 1. April einheitlich für das ganze Reich zu regelnden Röhne.“

Die Vertreter der Organisationen waren sich wohl bewußt, daß durch diese Regelung eine Friedebreit unter den Eisen- bahnern nicht ausgesetzt werden kann, insbesondere nicht, ange- sichts der gerade in allerletzter Zeit eingetretenen sozialen Preissteigerungen. Es kann aber auch allgemein nicht verlan- det werden, daß sich die Eisenbahner Norddeutschlands mit dieser Zulage ohne weiteres abgefunden haben. In dieser Beziehung muß in Zukunft unbedingt einheitlich vorgegangen werden, wenn wir nicht unter die Räder kommen wollen.

Unter Würdigung all dieser Gesichtspunkte glaubten die Or- ganisationsvertreter die Verantwortung für eine eivil. Verze- gerung der Auszahlung der vom Reichsverkehrsministerium, be- zogen von der Nationalversammlung bewilligten Zulage nicht überneh- men zu können. Wir haben aber das allergrößte Interesse dar- an, daß die zur Zeit in Berlin auf Antrag der Vertreter des „Verbandes des badischen Verkehrspersonals“ gepflogenen Ver- handlungen über die rückwirkend ab 1. April einheitlich zu regelnden Löhne beschleunigt werden, ansonst damit gerechnet werden müßte, daß den Arbeitern die Geduld ausgeht.

Rechts oder Links.

In zunehmendem Maße macht im Zentrum dessen rechtlich- stützige Bemühungen, die Partei ins deutschnationale Fahrwasser hinüberzuführen. Man sollte nun meinen, daß in einem Lande wie Baden, wo nach fast demokratische Elemente im Zentrum mitbestimmen sind, für diese Bestrebungen kein Platz ist. Leider ist dem nicht so. In Freiburg insbesondere treten die reaktionären Bestrebungen im Zentrum immer stärker und offensichtlicher hervor, wobei sie sich in Werbetritten des altheimischen Professors Dr. Krebs und der „Freiburger Tagespost“ zur unerschütterlichen Bekämpfung des republikanischen Gedankens verbinden. Die Arbeiterpartei hat deshalb alle Ursache, diesen reaktionären Bestrebungen im Zentrum gegenüber auf der Hut zu sein, damit sie nicht nach dem Wahlsiege durch eine „Neuorientierung des Zentrums“ vor eine sehr verhängnisvolle Situation gestellt wird.

Eine Wahlred Dr. Schöpfers.

In einer Wahlrede zu Freiburg machte der Führer des badischen Zentrums, Landtagsabg. Dr. Schöpfer einige Fest- stellungen, die festgehalten zu werden verdienen. So wies er guttunend darauf hin, daß wir zu der Anschauung kommen müssen, daß die gewählten Abgeordneten, Minister und Regie- rungen nichts anderes sind als die auswählten des Volkes. Die höchste Instanz ist die Versammlung der Erwählten des Volkes. Darum ist es von gewaltiger Bedeutung und ist auch eine Gewissenspflicht, daß man erstens von seinem Wahlrecht Gebrauch macht und zweitens einen solchen Gebrauch macht, wie man es vor seinem Gewissen verantworten kann. Wer von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch macht, hat sein Recht nicht verwirklicht, hat zu schweigen, wenn ihm etwas nicht gefällt. Zur badischen Verfassung meinte der Zentrumsführer anerkennend, daß wenn wir die alte badische Verfassung mit der jetzigen vergleichen, ganz gewis- sige Fortschritte gemacht worden sind und die Schritte jetzt ihre Maßnahmen frei treffen kann.

Wir registrieren diese sachlichen Feststellungen als ein wahr- liches Bekenntnis zur Anerkennung der Arbeit, die die drei Reichsparteien in den Diensten des Aufbaues leisteten.

Väter und Söhne.

Roman von Iwan Turgenjeff.

20

Nikolaus Petrowitsch setzte seine Wanderung fort, er konnte sich gar nicht entschließen, ins Haus zurückzukehren, in dieses friedliche, bequeme Nest, das so einladend auf ihn herabblinnte aus all seinen erleuchteten Fenstern; er hatte nicht den Mut, sich von der Dunkelheit, dem Garten zu tren- nen, der frischen Luft, die ihm die Wangen kühlte, dieser Traurigkeit, dieser Unruhe zu entsagen.

Da begegnete ihm an einer Wendung des Weges sein Bruder.

„Was fehlt dir?“ fragte er ihn. „Du siehst so bleich aus wie ein Gespenst. Ist dir nicht wohl? Warum gehst du nicht zu Bett?“

Nikolaus Petrowitsch erklärte ihm mit kurzen Worten seine Seelenstimmung und entfernte sich. Paul Petrowitsch ging bis ans Ende des Gartens; auch er begann nachdenk- lich zu werden, auch er richtete die Augen gen Himmel. Aber seine schönen dunklen Augen spiegelten nichts wider als das Licht der Sterne. Er war nicht zum Romantiker geboren; seine sturzmäßig trockene Seele hatte nicht die Fähigkeit, träumerisch zu werden; er war ein Menschen- feind nach französischem Stil.

„Söre einmal,“ sagte an demselben Abend Bazaroff zu Arkadi, „es ist mir da ein prächtiger Gedanke gekommen. Dein Vater erzählte uns heute, er habe von einem hohen Herrn, euerm Verwandten, eine Einladung erhalten. Dein Vater will nicht hingehen. Wenn wir beiden einen Ab- steher nach A. machen? Du bist ebenfalls eingeladen. Du siehst, was hier für Wetter ist. Die Reise wird uns wohl- tun, wir befinden uns ein wenig die Stadt. Wir verjümen höchstens fünf, sechs Tage.“

„Und kehrt du mit mir hierher zurück?“

„Nein, ich muß zu meinem Vater. Du weißt, er wohnt von A. nur dreißig Werst entfernt. Ich habe ihn und die

Mutter lange nicht gesehen; ich muß den Akten dieses Ver- gnügens machen. Es sind brave Leute, besonders mein Va- ter; zudem ist er ein recht amüsanter Kauz. Ich muß be- denken, daß sie weiter niemand haben als mich.“

„Wirst du lange bei ihnen bleiben?“

„Ich glaube nicht. Es wird dort etwas Langweilig sein.“

„Und wirst du auf dem Rückwege wieder bei uns ein- kehren?“

„Ich weiß nicht, ich will leben. Nun, was sagst du zu dem Plane? Reisen wir?“

„Meinetwegen,“ verriet Arkadi gleichgültig.

Im Herzen war er sehr erfreut über den Vorschlag sei- ner Freundes, aber er hielt es für angemessen, seine Gefühle nicht merken zu lassen. Er war nicht unsonst Nichts!

Am andern Morgen reisten er und Bazaroff nach A. ab. Die Jugend von Marino sah sie mit Bewundern fortgehen; Danjatscha weinte sogar. Aber die beiden Akten atmeten leichter auf.

Die Stadt A., wohin sich unsere Freunde begaben, hatte zum Gouverneur einen jungen Mann, der, was in Ruß- land sehr häufig der Fall, zugleich Fortschrittler und Despot war. Schon während des ersten Jahres seiner Verwaltung war es ihm gelungen, sich nicht nur mit dem Adelsmarschall, einem Garderittmeister a. D., großen Pferdezüchter und zu- dem sehr gastfreundlichen Manne, sondern auch mit seinen eigenen Beamten zu überwerfen. Die Zwistigkeiten, die hieraus entsprungen waren, hatten endlich eine solche Aus- dehnung genommen, daß das Ministerium in Petersburg sich genötigt sah, eine Vertrauensperson hinzuschicken, um die Dinge zu ordnen. Die Wahl der Regierung war auf Matthäus Nitisch gefallen, den Sohn deselben Koljasi- fallen, der seiner Zeit Vormund der Brüder Kirjanoff gewesen war. Er gehörte ebenfalls zu den „Jungen“, ob- gleich er sein vierzigstes Jahr schon erreicht hatte; aber er hatte sich vorgenommen, ein Staatsmann zu werden und trug auch bereits auf jeder Seite der Brust einen Stern. Der eine war freilich ein ausländischer und stand nur in ge- ringer Achtung. Gleich dem Gouverneur, über den er Ge- richt zu halten kam, gehörte er zu den Fortschrittsmännern.

und ein so hoher Beamter er auch war, so glich er doch sehr wenig den andern Beamten seiner Stellung. Von sich selbst hatte er eine sehr hohe Meinung und seine Einstellung kannte keine Grenzen; aber er hatte einfache Manieren, sein Blick schien zu ermutigen, er hörte herablassend zu, wenn man mit ihm redete, und konnte so natürlich lachen, daß man im ersten Augenblick verfuhr, was, ihn sogar für einen „gut- mütigen Kerl“ zu halten. Wo es not tat, bestand er über- reichs auch strenge zu sein.

„Energie ist unerlässlich,“ pflegte er dann zu sagen, „sie ist die erste Tugend des Staatsmannes.“

Trotz dieser stolzen Sprache wurde er fast immer düpiert und jeder nur einigermaßen erfahrene Beamte konnte ihn an der Nase herumführen. Matthäus Nitisch sprach mit der größten Achtung von Guizot und verächtliche jeden, der es hören wollte, daß er nicht zu den Männern der Routine, zu den zurückgebliebenen Bureaukraten gehöre, daß keine wä- riger Entscheidung des sozialen Lebens seiner Aufmerksam- keit entgehe. . . Diese und ähnliche Phrasen waren ihm sehr geläufig. Er folgte sogar der Entwicklung der neueren Literatur, allerdings mit einer gewissen majestätischen Gerablaßung — so wie ein Mann von geistigem Alter wohl einige Augenblicke einem Anlauf von Straßenbuben nach- geht. In Wirklichkeit war Matthäus Nitisch über die Staats- männer aus der Zeit Alexanders des Ersten nicht weit hin- ausgekommen, welche, wenn sie sich auf eine Soree der Frau Eneidiam, die damals in Petersburg lebte, vorberei- teten, morgens ein Kapitel aus Condillac lasen; nur hatte er etwas modernere Formen. Er war ein gewandter Hof- mann, ein sehr schmiegsamer Mann — und weiter nichts.

Von den Geschäften hatte er keine Ahnung und zudem war er ganz ohne Geist, aber er verstand es, seine eigenen In- teressen wahrzunehmen: in dieser Beziehung vermochte ihn niemand zu überbügeln, und das ist ja doch die Hauptsache.

Matthäus Nitisch empfing Arkadi mit dem einem auf- geklärten Beamten eigenen Wohlwollen, man möchte fast sagen mit Sympathie. Er fiel jedoch sofort von seiner Söde herab, als er erfuhr, daß die übrigen Eingeladenen nicht gekommen waren.

(Fortsetzung folgt.)

Seht die Wählerlisten nach! Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen!

Die Wählerliste liegt auf im Gebäude des Kaffee Bauer, (Eingang Jähringer- und Turmstraße) und kann Werktags von 9-5 und Sonn- und Feiertags von 10-12 Uhr eingesehen werden.

— umfaßt alle Haushaltungen oder Einzelpersonen, denen ein höheres Einkommen zur Verfügung steht als: 5000 M für 1 alleinlebende erwachsene Person, 7000 M für 1 Ehepaar ohne Kinder, je 1000 M für das 1. und 2. Kind unter 15 Jahren, 700 M für jedes weitere Kind unter 15 Jahren, 1500 M für jede weitere erwachsene Person. Gruppe B — die Kinderrentenempfänger — umfaßt alle Haushaltungen, die nicht schon zur Gruppe A gehören und denen kein höheres Einkommen zur Verfügung steht als: 7000 M für 1 alleinlebende erwachsene Person, 10000 M für 1 Ehepaar ohne Kinder, je 1500 M für das 1. und 2. Kind unter 15 Jahren, 1000 M für jedes weitere Kind unter 15 Jahren, 2000 M für jede weitere erwachsene Person.

Zur Fleischversorgung.

In den Tagen der bittersten Not beschäftigten sich viele Kreise mit dem schwierigen Problem der Fleischversorgung, vor allem natürlich auch die Wirtschaft, wie Regierung, Fleischerverband usw. Die einen haben in der Aufhebung der Zwangswirtschaft das Heilmittel und die anderen, die Konsumenten, sind auf Grund der vielen Erfahrungen, die mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft an anderen Artikeln gemacht wurden, gegen die Einstellung der öffentlichen Versorgung vor kurzem veranlaßt die deutsche nationale „Vad. Post“ einen Artikel über die zukünftige Fleischversorgung, der von dem Vorpresidenten des Bezirksvereins Baden-Pfalz im deutschen Fleischverband, H. Koch, stammt. In diesem Aufsatz wird nicht nur gegen die Zwangswirtschaft der Fleischversorgung Stellung genommen, sondern es heißt dort, daß man sich in nächster Zeit der Aufhebung der Zwangswirtschaft, daß nicht die Absicht einer besseren Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch- und Fleischwaren der leitende Gesichtspunkt bei Abfassung des zur Entwürfs zur Fleischversorgung sein soll, sondern daß die Absicht parteipolitisch-er Natur ist, die auf diesem Wege die Sozialfleischung der gesamten Produktion und Konsumtion in der Fleischversorgung zu erreichen hofft.

Eine derartige Unterstellung müssen wir doch ganz entschieden zurückweisen, denn die Fleischmiserie führte doch dazu, daß nicht die Anarchie in der Fleischversorgung ihr Unwesen treiben darf, sondern daß eine organisierte Wirtschaft an deren Stelle treten muß, denn nur sie allein ist imstande, den Leuten mit einem kleinen Geldbeutel ein Stück Fleisch oder Wurst zu garantieren. Uns scheint, daß allerdings bei den Herren Meistern vom Sachverstand nicht die Absicht parteipolitisch-er Natur es ist, die nach Aufhebung der Zwangswirtschaft in der Fleischversorgung rufen, sondern egoistische Gründe, nämlich sich noch mehr zu bereichern.

Interessant an der Sache ist, daß die hiesige Freie Regierung, die uns den Artikel übermittelt, dazu bemerkt, daß die Kochschen Ausführungen nur die Unterstellungen werden können. Wir sind selbstverständlich über diese Unterstellung nicht überredet. Die Regierung äußert sich jedoch zur Fleischversorgung wie folgt:

„Durch Aufhebung der Zwangswirtschaft einzelner Viehhaltungen können dem Verbraucher dieser Fleischmengen durch Rationalisierung zugeführt werden, welche bisher durch Schwärmschlachtungen und Schlachthandel zu übermäßig hohen Preisen an gewisse Kreise verkauft wurden. Sollten unsere hier beschriebenen Viehhaltungen unsere hierhergehenden Landwirte zurzeit von der Rationalisierung zurück, so müssen für uns in Baden die gleichen Maßnahmen und Bestimmungen für Einfuhr von Schlachttvieh (Auslandsschweine, Rälber, Innereiere usw.) gültig sein, genau wie für Norddeutschland. Die Gebuld unserer badischen Großstädte-Bewohner wird auf eine harte Probe gestellt, wenn sie lesen müssen, daß man im Norden des Reiches, zum Beispiel in Berlin, vom 26. 4.—2. 5. pro Kopf ein halb Pfund frisches Auslands-Schweinefleisch zur Verteilung bringt und dazu noch Auslandsfleisch, während in Karlsruhe nur entweder 50 Gramm Wurst oder 125 Gramm Fleisch verteilt werden können und in der nächsten Zeit selbst diese kleinen Mengen zur Verteilung nicht mehr zur Verfügung stehen werden.“

Die Bestrebungen unserer Kommunalverbände um Einfuhrbewilligung von Auslandsfleisch usw. wurden bis jetzt in Berlin immer abschlägig beschieden. Wir hoffen, daß die Bestrebungen um Einfuhr von Auslandsfleisch, die zuerst im Range sind, bei zuständiger Reichsstelle Genehmigung finden und schmerzlos beseitigt wird.“

So die Regierung. Wir sind natürlich nicht in der Lage, die vorliegenden Angaben auf ihre Richtigkeit zu prüfen, sollten sie sich aber bewahrheiten, so wäre hier ein Widerspruch zu verzeichnen, der berechtigter Erwähnung hervorgerufen und besichtigt werden muß.

Kun zu einer anderen Seite der Sache, die nicht übersehen werden darf. Mit der Verarbeitung von Auslandsfleischmaterialien ist noch eine Forderung von Gehilfen und von den Konsumenten verbunden, nämlich, daß das Auslandsfleischmaterial nur an einige Großbetriebe verteilt werden soll, denn dadurch wird dem Landesfleischeramt eine leichte Kontrolle bei der Verarbeitung ermöglicht und eine Verteilung des Materials wäre unterbunden, während zugleich arbeitslose Regiergehilfen untergebracht werden könnten. Eine Verteilung der vorhandenen beherrschten Anstalten bei der Fleischfleischung ist natürlich ebenfalls geboten, um eine Ausbeutung des Publikums zu verhindern.

Sozialdemokratischer Verein. Heute abend 8 Uhr Vorstandssitzung im Volkshaus-Gebäude, 2. Stod. Rein Regierbismann darf fehlen.

Sozialdemokratische Partei — Bezirk Mitte- und Südweststadt. Am Mittwoch, 12. Mai, abends 8 Uhr, findet in der „Krone“, 2. Stod, Eingang Amalienstraße 18, eine Versammlung mit Vortrag des Genossen Stadtwortnehmer Böhlinger statt. Wir erziehen alle Genossen und Genossinnen, Volkshausbesucher und sonstige Freunde unserer Partei pünktlich erscheinen zu wollen.

Sozialdemokratische Partei — Bezirk Südstadt. Mittwoch, 12. Mai 1920, abends 8 Uhr, im Saale der Restauration „Zum Auerbach“, Schützenstraße 58, Versammlung mit Vortrag des Staatsrates Genossen Reichsvertreter W. A. M. über: „Das Ergebnis der Reichstagswahlen und die Reichstagswahlen“. Genossinnen und Genossen! Im Hinblick auf die demnächst stattfindenden Reichstagswahlen wird das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen erwartet.

An unsere Berichterstatter und an die Parteigenossen! Seit Erhöhung der Postgebühren geben bei uns, bei der Expedition und dem Parteisekretariat zahlreiche ungenügend frankierte Kostendungen ein, so daß wir täglich einen beträchtlichen Betrag Strafbote zahlen müssen. Wir erziehen unsere Berichterstatter, Mitarbeiter sowie die Parteigenossen, die schriftliche Mitteilungen an das Parteisekretariat gelangen lassen, die von uns in unserer Donnerstag-Ausgabe veröffentlichten neuen Postgebühren zu beachten

und die Briefe und Karten und sonstigen Sendungen genügend zu frankieren. Wir sehen uns genötigt, von nun an alle ungenügend frankierten Eingänge zurückgehen zu lassen.

H. Versammlungen der ehemaligen Kriegsgefangenen. Auch die Kategorie der Kriegsober hat noch eine ganze Reihe von Forderungen an den Staat zu stellen und will sich zu deren erfolgreicher Durchsetzung hierfür geeigneter Organisationen bedienen. Die meisten ehemaligen Kriegsgefangenen haben sich zu diesem Zweck dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen angeschlossen. Neuerdings haben sich eine Anzahl Heimkehrer zu einer Reichsvereinerung der Kriegsgefangenen zusammengeschlossen, um durch eine eigene Organisation die Forderungen an die Allgemeinheit besser durchsetzen zu können. Diese Reichsvereinerung hatte auf den letzten Mittwoch abend in den „Apollo“-Saal eine Versammlung einberufen, in der Herr Harbrecht in einem Referate die Forderungen und das Programm dieser Organisation darlegte. Ihm erwiderte Gauvorsitzender Oberle vom Reichsbund in längeren Ausführungen. Die Reichsvereinerung erstrebt u. a. auch die nachträgliche Verleihung von Orden, Ehrenzeichen usw., sowie nachträgliche Beförderung. In der Versammlung fand das Programm der Reichsvereinerung wenig Beifall.

Auf Donnerstag hatte die Ortsgruppe Karlsruhe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten die heimgelohnten Kriegsgefangenen zu einer Versammlung eingeladen. Der letzte Freitagabend war bis auf den letzten Platz besetzt. Herr Sabth, Böhlinger sprach über die Tätigkeit der Kriegsgefangenenheimkehrer. Der Redner gab den ehemaligen Kriegsgefangenen wertvolle Anregungen für den Verkehr mit den Behörden, welschen die Nachzahlung von rückständigen Löhnen und die Regelung sonstiger Ansprüche obliegt. Auskünfte hierzu erhalten Heimkehrer am besten auf dem Büro der Kriegsgefangenenheimkehrer (Kriheim), Beierthimer-Allee. An seine Ausführungen schloß sich eine lebhafte Diskussion an, in der sich mit einer Ausnahme alle Redner für den Beitritt zum Reichsbund aussprachen. Eine große Anzahl der Anwesenden erklärte seinen Beitritt zum Reichsbund. Es gelangte ferner eine Resolution zur Annahme, worin die Anwesenden sich für den Beitritt zum Reichsbund aussprachen. Die aus der Kriegsgefangenenliste zurückgeführten Mitglieder des Reichsbundes schlossen sich im weiteren Verlauf der Versammlung zu einer Gruppe zusammen und wählten einen Ausschuss, dem nun die Vertretung der besonderen Interessen der Heimkehrer obliegt. Um halb 11 Uhr konnte der Versammlungsleiter, Schriftführer Kraus, die interessant verlaufene Versammlung schließen.

Fahrtplanänderungen treten im Sonntag- und Schnellzugverkehr vom 9. Mai an in Kraft. Die Veränderungen erstrecken sich auf verschiedene Strecken und sind aus den Fahrplanaufsätzen zu ersehen.

Schiffverkehr. Kurz vor Ausbruch des Krieges hatte man damit begonnen, das Andenken Schiffs, des bedeutendsten Deutscher unserer Stadt und des badischen Landes, durch eine Feiertage zu ehren, die alljährlich an einem Nationaltag vor dem Schiffsfesttag stattfinden soll. Während des Krieges sah man ab davon, diese Gedenktage zu veranstalten. Gestern vormittag wurde nun zum ersten Mal wieder in der früher geplanten Weise vor dem Saalgebäude des Reichsbundes der Dichters Geburtstag. Die Festrede hielt Oberbürgermeister Herrag. Er rühmte des Dichters Freiheitsliebe, der mit hartem Mut und Ehrgefühl gepaart war. Am Sturm und Drang unserer Tage sollten wir nicht vergessen, daß auch des Dichters Bunder von uns zu großen sind. Der Redner schloß mit Hoffnungsworten, daß auch unserem Vaterlande eine neue Weite erblühen werde. Frau von Frey, eine der wenigen überlebenden aus dem Schiffsfesttag, trug mit trüber Betonung ein Gedicht vor, das der Dichter vor 51 Jahren für in einem Briefe geschrieben hat. Der Männergesangsverein „Concordia“ feierte mehrere wohlklingende Chöre unter der fähigen Leitung seines Dirigenten, Herrn Lehner, bei. Die Veranstaltung war sehr stark besucht, die Stadt war durch Oberbürgermeister Dr. Finter und Stadtrat Reiff vertreten, die vier Vorgesetzten unserer Technischen Hochschulen hatten ebenfalls Vertreter entsandt.

Preisermäßigung beim Besuch der Ausstellungen des Bad. Kunstvereins. Durch besonderes Entgegenkommen des Badischen Kunstvereins erhalten sämtliche Mitglieder der dem Ortsausschuß Karlsruhe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angeschlossenen Organisationen eine Preisermäßigung um 50 % beim Besuch der Ausstellungen des Badischen Kunstvereins. Die Ausstellungen befinden sich im Hause Waldstr. 3 und bieten den Besuchern einen wertvollen Kunstgenuss. Die Arbeiter und Angestellten der freien Verbände werden aufgefordert, die Ausstellungen zahlreich zu besuchen und erhalten durch Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte oder Buches ihrer Organisation den Eintritt für 50 %, welcher sonst 1 M. beträgt.

Zentralverband der Hausangestellten Karlsruhe. Morgen Dienstag, abends 8 Uhr, im Redenzimmer der Restauration zum „Georg Friedrich“ Versammlung für die Mittwo. Wir erziehen die Hausangestellten, Putz-, Wasch- und Monatsfrauen besonders die in der Altstadt wohnenden, zu erziehen.

Die Karlsruher Studentenzeitung und die Schwimmabteilung im Städtischen Biererdab. Der Ausschuss des Studentenverbandes der Technischen Hochschule hat dieser Tage gegen die Erhöhung der Eintrittspreise für die Schwimmabteilung des Biererdabes und die gewaltsame Nichteröffnung des Sommerbades am Rheinhafen Stellung genommen. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde gegen die Maßnahmen des Stadtrats Protest erhoben.

Da wir vor kurzem in dieser Sache unseren Standpunkt bargelegt haben, können wir uns nähere Ausführungen ersparen. Der Stadtrat wird gut tun, seinen Beschluß zu korrigieren, denn das Interesse an der Gesundheit der Bevölkerung erfordert dies.

Badisches Landestheater. Am Dienstag, 11. Mai, erscheint Richard Strauß' einaktiges Musikdrama „Salome“ erstmalig im Landestheater. Während dieses aus Kohlenmangel resultierenden war, erlebte das Werk 4 Aufführungen im angrenzenden, dessen kleine Bühne und dessen mangelhafte Verhältnisse sich allerdings als ungeeignet dafür erwiesen. An Stelle der damals aus Mannheim ausgeliehenen Dekoration hat nun Herr Maschinen-Ingenieur Lindner ein neues modernes Bühnenbild erstellt, das den spezifischen Bedürfnissen des Werkes gerecht wird. Die Partie der Salome singt diesmal Heddy Tracema Brügelmann.

Gebellfeier. Am Montag, 10. Mai, abends 7 Uhr, wird der Karlsruher „Gedellertanz“ am Hebeldenkmal im Schloßgarten wie alljährlich eine feierliche Gedenkstunde veranstaltet. Herr Stadtpfarrer Hübnerlang wird die Gedächtnisrede halten.

Beflagnung wurden: durch die Schützmannschaft bei einem hier wohnenden Studenten ein Leberanzug, sowie ein Lebermantel, welche aus Geesessbefänden herührten.

Verhaftet. Wegen Schleichhandels mit Salsarfen, Cocain Chinin und Morphin wurden ein Metzger, ein Käufer, eine Verkäuferin und ein Schlosser von hier festgenommen.

Gewerkschaftliches.

Zur Entlohnung der Arbeiter und Angestellten der Konsumvereine. Zu dem am 18. und 14. Mai in Darmstadt stattfindenden Verbandstag der südwestdeutschen Konsumvereine (angeschlossen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine) haben die Arbeitnehmer der obengenannten Genossenschaften den Delegierten, die zu dieser Tagung entsandt werden, den Wunsch mit auf den Weg gegeben, dort die Frage der Entlohnung der Angestellten und Arbeiter eingehend behandeln zu wollen, um vorbildliche Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Dieser Standpunkt der Arbeitnehmer liegt auch im Wesen der Genossenschaften begründet und wird wohl auch vom Verbandstag geteilt werden.

Jugend und Sport.

Fußballspiele. Am Sonntag, 2. Mai, fanden in Rorsch (Gruppe Karlsruhe Abteilung 2) bereits einige friedliche Fußballwettkämpfe statt, wobei folgende ganz gute Resultate erzielt wurden: Rorsch I — Forchheim I 1:2; Rorsch I — Rorsch II — Reuburgweiler I 8:1; Rorsch I — Rorsch II — Reuburgweiler II 7:0; Rorsch II — Forchheim II 0:0 für Rorsch.

Wettkämpfe ungarischer und holländischer Mannschaften. Nach langen und schweren Verhandlungen ist es dem Karlsruher Fußball-Club GutsMuth gelungen, 4 ungarische und eine holländische Fußballmannschaft für die nächste Zeit zu je einem Wettkampf zu verpflichten.

Die neue Mobelinie. Eine Veränderung der Silhouette kündigt sich an. Der Mod wird zusehends weiter und fallender. An Kleidern, die für den geschlossenen Raum bestimmt sind, wird er sich etwas breiter an den Hüften wölben, beim Strahenanzug bleibt er, zwar in Falten gelegt oder gebrannt, noch gerade und schlang. Das Leinwand ist eng und ansehnliche und eher langgestreckt und tief gegürtet. Leuchtende Farben und exotische Doumstoffe sind charakteristisch für die neue Mode. Die letzten Modellschöpfungen zeigt die Firma Herrn Tisch gegenwärtig in ihrem Schaufenster. Es sind durchweg Papierabgebildungen nach den bekannten Kiste-Schnittmustern.

Stadtbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geheimhaltungen. Karl Dörner von Freiburg, Buchdrucker hier, mit Martha Reichardt von Castelw. Anton Ruchmann von Elm, Postkassener hier, mit Rosina Meel von Retsried. Ludwig Guggenheim von hier, Kaufm. hier, mit Meda Kaufmann von Lichtenau. Otto Rief von Elm, Kaufmann hier, mit Hedwig Bauer von Freiburg. Jonas Leopold Mayer von Straßburg, Kaufm. hier, mit Ilse Womser von hier. Josef Hanke von Weibitz, Atnar in Elm, mit Mathilde Wolf Wilme von hier. Albert Stieger von Oberriedel, Bäcker hier, mit Sofie Kibel von Hohenruff. Arnold Wankel von Elm, Bauw. Kaufmann in Forchheim, mit Emilie Palm von Elm. Hans Göbel von Mannheim, Kaufm. alda, mit Adelheid Darnbacher von Weibitz. Adolf Blum von Kaiserlautern, Kaufm. alda, mit Jennu Breitbarth von hier. Adolf Jösel von Unterweibitzheim, Schum. hier, mit Elisabeth Jösel von hier. Josef Rohmann von München, Säng. hier, mit Maria Berger von Rauhhausen.

Geburten. Luise Rosa Flora, E. Gebhard Stolz, Bierführer. Hilbo, E. Engelbert Dipp, Feinw. Heinz Alfred, E. W. Auf, Buchdruckermeister. Adolf Walter, E. Adolf Reich, Schuhmachermeister. Helene Emilie, E. Albert Braun, Bahnarbeiter. Maria Mathilde, E. Ignaz Sauer, Bahnarbeiter. Margot Thiele Maria, E. Albert Hofmeister, Bahnbeamter. Anna Mathilde, E. H. Vogt, Eisenbahnschaffner. Heinrich Ludwig, E. H. Jörn, Maler. Werner Friedrich, E. Friedrich Schmidt, Kaufmann. Elisabeth Maria, E. Friedrich Häfner, Weidew. Elie Bertha, E. Friedrich Klaf, Schlosser. Paul E. Wils, Waila, Fabrikarbeiter.

Todesfälle. Ruvo Bedenk, Chem., Lazarettinspektor a. D., alt 65 Jahre.

Basuta-Bericht vom 8. Mai.

Der Markkurs in der Schweiz erfuhr heute eine weitere Steigerung und notierte etwa 11 Fr. Auszahlung Holland notierte etwa 18,50 M. per holl. Gulden. Schweiz etwa 2 M. per franz. Fr.; England etwa 108 M. per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 3,30 M. per franz. Fr.; Neuhorl. etwa 30,50 M. per Dollar.

Briefkasten der Redaktion.

G. L. Das Testament kann angefochten werden. Inständig ist das Amtsgericht zu dem der Wohnort des Erblassers gehört. Voraussetzung ist, daß sich die Verwandten nicht erkundig gemacht haben, weil dann die Erben einen gesetzlichen Grund haben, ihr Erbe nach Belieben ändern zu vermögen.

Sozialdemokratischer Verein Odenheim. 1. Räume, die seit her als Wohnung gebietet haben, dürfen nicht ohne Zustimmung der Wohnungskommission in ein Lager verwandelt werden. Setzt sich die Kommission nicht durch, so kann Beschwerde beim Arbeitsministerium erfolgen. — 2. Die Wohnungskommission kann bestimmen, daß, wenn die Möglichkeit gegeben ist, ein Notabot errichtet wird. Die Kosten hat die Gemeinde zu tragen. Ein Werkmeister ist Angestellter und kann nicht als Betriebsrat für die Arbeiter gewählt werden; es sei denn, daß es an einem maßfähigen Arbeitnehmer mangel.

Schriftleitung: Georg Schöflin, Verantwortlich; für Stoff, politische Rederei und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Bobische Politik, Aus dem Lande, Gemeindevollst. Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Angelegentlich Oskar Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Wannen, Käfer u. lassen Sie am besten durch meine Spezial-Verfahren mit bestem Erfolg unter Garantie vertilgen

U. V. A. Fr. Springer, Karlsruhe, Telef. 3263
nur Markgrafenstraße Nr. 52.
Abonnement für Hausbesitzer unter günstigen Bedingungen.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 210 Ztm., gest. 5 Ztm., Rehl 291 Ztm., gest. 4 Ztm., Karau 468 Ztm., gest. 2 Ztm., Mannheim 346 Ztm., gest. 5 Ztm.

Deutscher Transportarbeiter-Verband Ortsverwaltung Karlsruhe.

Kronenstr. 3, II. Telefon 3100.

Donnerstag, den 13. Mai (Himmelfahrtstag), findet für unsere Mitglieder ein gemeinsamer

Mai-Ausflug

auf den Malsberg und Moosbrenn unter Führung eines Genossen der Naturfreunde statt.

Abfahrt am Hauptbahnhof morgens 8 Uhr 10 Min. nach Ralsch. Von dort zu Fuß über Freilohheim nach dem Malsberg. Abends Rückfahrt mit der Albtalbahn.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder nebst Familienangehörigen mit der Bitte um vollzählige Beteiligung herzlich ein.

Mandbrot ist mitzunehmen. Wir bitten pünktlich 1/8 Uhr im Hauptportal des Bahnhofs zu sein.

Bei schlechter Witterung findet der Ausflug am Sonntag den 16. Mai statt.

Mit kollegialem Gruß!

Die Ortsverwaltung.

Höher.

Die Wahl eines Erfahrmannes in den Stadtrat betr.

Herr Stadtrat Heinrich Köhler hat infolge seiner Berufung zum badischen Finanzminister sein Amt als Stadtrat niedergelegt. Die Amtsniederlegung ist im Hinblick auf § 9 Abs. 4 der Städteordnung als begründet erachtet und genehmigt worden. Es ist daher für den Genannten ein Erfahrmann mit Amtsdauer bis zu den nächsten Erneuerungswahlen des Stadtrats (November 1922) zu bestellen. Da in der f. B. von der deutsch-demokratischen Partei, der sozialdemokratischen Partei und der Zentrums-partei eingereichten gemeinsamen Vorschlagsliste keine Erfahrmänner vorgesehen waren, haben die Stadtratsmitglieder gemäß § 25 Absatz 3 der Städteordnung mit einfacher Stimmenmehrheit einen Erfahrmann zu wählen.

Wählbar in den Stadtrat ist jeder mindestens 25 Jahre alte Stadtbürger, dessen Bürgerrecht nicht ruht (§ 10 der St.O.). Es können aber diejenigen Beamten, durch welche die Aufsicht des Staates über die Stadt ausgeübt wird, sowie die Stadtratsmitglieder die auf sie gefallene Wahl nur annehmen, wenn sie ihr Amt niederlegen. Ehegatten, Geschwister, Eltern und Kinder, Schwiegereltern und Schwiegerkinder sowie verwandte Personen und diejenigen, welche als offene oder persönlich haftende Gesellschafter bei der nämlichen Handelsgesellschaft beteiligt sind, können nicht zugleich Mitglieder des Stadtrats sein.

Die Erstwahl findet Mittwoch, den 19. Mai ds. Js., nachmittags von 3 1/2 bis 4 Uhr, im großen Rathhauseaal statt.

Die Stadtratsmitglieder werden hiermit zu dieser Wahl eingeladen. 1222 Karlsruhe, den 7. Mai 1920. Stadtrat.

Bekanntmachung über die Reichstagswahl.

1. Die Wählerlisten für die Reichstagswahl, die am 6. Juni stattfinden wird, liegen von einschließl. Sonntag den 9. bis einschließl. Sonntag den 16. Mai in der Wahlgeschäftsstelle (Gebäude des Kaffeebauers, Eingang Ecke Zähringer- und Turmstraße) zu jedermanns Einsicht auf. Die Wahlgeschäftsstelle ist werktäglich geöffnet in der Zeit von 9-5 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 10-12 Uhr.

2. Die Wahlberechtigten, die schon bei den hiesigen Gemeinbewahlen vom 18. Mai 1919 in der Wählerliste standen, stehen auch diesmal wieder in der Liste und erhalten keine Benachrichtigung darüber, daß sie in die Wählerliste für die Reichstagswahl aufgenommen sind. Nur die Personen, die damals in Karlsruhe nicht wahlberechtigt waren, werden von ihrem Eintrag in die Wählerliste benachrichtigt werden. Wer von diesen Wahlberechtigten bis zum 16. Mai keine Nachricht erhalten hat, muß damit rechnen, daß er nicht in der Wählerliste steht. 3. Wer deshalb oder aus anderen Gründen Einwendungen gegen die Wählerliste erheben will, muß spätestens am 16. Mai, gegebenenfalls unter Vorzeigung von Beweismitteln, mündlich oder schriftlich (deutlich schreiben) bei der Wahlgeschäftsstelle vorzulegen werden.

4. Am 30. Mai, abends 6 Uhr, werden die Wählerlisten geschlossen. Weitere Eintragungen sind ab diesem Zeitpunkt nicht mehr zulässig. Wer dann nicht in der Wählerliste steht, kann nicht wählen. Karlsruhe, den 6. Mai 1920. 1224 Bürgermeisteramt.

Wohnungsneubau betr.

Die Bauhandwerker der Stadt werden zu einer Aussprache auf Dienstag, den 11. Mai 1920 nachmittags 4 Uhr in den großen Rathhauseaal eingeladen. Karlsruhe, den 8. Mai 1920. Das Bürgermeisteramt.

Reinigung der Wasserrohrstränge.

Vom Montag, den 10. Mai, bis auf weiteres wird die mechanische Reinigung der Wasserrohrstränge in den Straßen beim neuen Bahnhofs sowie im Altstadtgebiet, zwischen Kapellen-, Kaiser-, Karl-Friedrich- und Kriegstraße, sowohl tagsüber, wie auch nachts vorgenommen.

Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich Erhebungen des Wassers auch in entfernteren Wohngegenden nicht vermeiden; zeitweiliges Anschwellen des Wassers, namentlich in den höher gelegenen Stockwerken, ist nicht ausgeschlossen. 1238 Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Rebenverdienst.

Betreiber zum Verkauf von moderner Tuchen an Private gesucht. J. W. Politz, Bohm, Wachen, Wollsch.

Darlehen

bei Absicherung verlängern Sie durch Karl Ackermann, Karlsruhe, Blumenstr. 12, Tel. 3060. Durchzahl. tägl. nachmitt.

Neue Modelle nach Willstein-Schnittmustern



sind eingefressen und zur Zeit ausgestellt bei

Hermann Tietz



Städt. Fischhalle im Zallenwäldchen.

Infolge großer Zufuhren findet der Fischverkauf von Montag ab bis auf weiteres täglich statt.

- Zum Verkauf gelangen: Schnellfische, Rabltau und Grelachs das Pfund M. 3.50 Ein kleines Quantum Lengfische 3.20 Schollen 4.20 Fischköpfe, sehr fleischig, soweit Vorrat -50 Verkaufszeit: 8-12 Uhr vormittags und 3-5 Uhr nachmittags. Badmaterial mitbringen. Die Lebensmittelaußweisekarte ist vorzulegen. 1225 Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Erfüllung des Friedensvertrags betr. Zum Vollzug der Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums über die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrags vom 2. Dezember 1919 (Reichs-Gesetzbl. Seite 1935) sowie unserer Verordnung gleichen Inhalts vom 9. Januar 1920 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 9) wird mit sofortiger Wirkung angeordnet, was folgt:

§ 1. Sämtliche in Baden gehaltene Schafe werden bis auf weiteres beschlagnahmt. Ausgenommen hiervon sind Schafe, die als Schlachtvieh an den Kommunalverband oder seine Aufkäufer veräußert werden.

§ 2. Das Scheren der Schafe ist bis auf weiteres verboten.

§ 3. In dringenden Fällen kann das Bezirksamt Ausnahmen von diesen Bestimmungen zulassen. Auch ist das Bezirksamt ermächtigt, die Bestimmungen der §§ 1 und 2 außer Kraft zu setzen, sobald die Beschaffung der zur Erfüllung des Friedensvertrags aufzubringenden Stückzahl Schafe sichergestellt ist.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen in den §§ 1 und 2 werden mit den in den §§ 11, 12, 13 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag vom 31. August 1919 (Reichs-Gesetzbl. Seite 1530) vorgesehenen Geld- und Gefängnisstrafen bestraft. Karlsruhe, den 4. Mai 1920. 1228 Badisches Ministerium des Innern. Remmele, Braun.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir zur allgemeinen Kenntnis. D.3. 165 Karlsruhe, den 7. Mai 1920. Bad. Bezirksamt II.

Neue und getragene Anzüge

Herzlicher, einz. Hosen, Damen-u. H. -Stiefel und Schuhe, Rohstoffe und sonstiges preiswert abzugeben. Effenweinstr. 32, 2. St. Agelrad, 3482

Kauf!

zu höchsten Preisen Kleider, Uniformen, Wäsche, Schuhe und Betten. Inskript. erb. an S. Agelrad Effenweinstr. 32, 2067

Karlsruher Liederkranz e.V.



1841 Wir bitten unsere Herren Säger, sich am Montag, den 10. Mai, abends 7 1/2 Uhr, zur

Hebel-Feier

auf dem Schloßplatz gegenüber dem Bad. Landestheater versammeln zu wollen. Der Vorstand.

Herren-Stärke-Wäsche.

- Kragen 60.00 Manschetten 80.00 Vorhemden 80.00 Kragenwäscherei Dierer. Annahmestellen: Wielandt, Ludwigs-Str. 21, Laden Durlacherstraße 81, Laden Gattner, Schützenstr. 53, Laden Renner, Gartenstraße 62, Laden 3511

Mädchen gesucht.

Zu kleiner Familie wird bei gutem Lohn für sofort tätiges Mädchen mit guten Zeugnissen gesucht. Frau Jacob Wertheimer Ettlingerstr. 27, p. 3007

Zu verkaufen!

Kombi. Delmalfallen, echt Buchbaum 37x27x9 mit Zündschlüssel, an eine Geldmaschine. Blücherstraße 11.

Altmetalle

wie Zinn, Zink, Blei, Messing, Rotguss, Kupfer, Schrot und Gusseisen, Maschinen, sowie ganze Fabrik-Einrichtungen kauft

Feuerfein,

Kolonenstr. 26, Tel. 3481. Für Händler Vorzugspreise. 3104

Ihre Kragen

Manschetten Vorhemden

u. s. v. erhalten Sie in kürzester Zeit tadellos gewaschen u. gebügelt in der

Dampfwaschanstalt

Albert Lau

Karlsruhe.

Annahmestellen: Scherrstraße 10 a Sofienstr. 13 (Laden) Waldhornstraße 31 (Laden) Eing. Zähringerstr.

Neu eröffnet: Augartenstraße 37 (Laden).

Knieleihen: Hauptstraße 94.

Die traurigen Leberreste der alten Armee

die Opfer einer unglücklichen Eroberungspolitik, zufen die organisierte Arbeiterkraft an, zu der am

Dienstag, den 11. Mai, nachmittags 5 Uhr in der Festhalle Ettlingen

stattfindenden öffentlichen

Protest-Versammlung

zu erscheinen. Die Lazarettinsassen fordern Gleichstellung mit der Reichswehr und wollen als verfallene Soldaten keinen Dank, sondern nur ihr Recht.

Regierung und Presse sind ebenfalls eingeladen um beurteilen zu können, wie trostlos unsere Lage ist!

Die Lazarett-Insassen des Res.-Lazarett-Ettlingen

Zur Vertrauensmann. 3509

Daniels Konfektionshaus

- Telephon 1846. Wilhelmstr. 34, 1 Treppe. Jackenkleider aus guten Stoffen 150.00 an Jackenkleider auf Seidenstoffen 185.00 an Jackenkleider in reinwoll. Stoffen 55.00 an Frühjahrsmäntel 130.- an Kostümböcke 42.- an Waschblusen 35.- an Weisse und farbige Vollerklärer.

Grosse Auswahl, keine Ladenspesen. 3506

Durlacher Anzeigen.

Ausgabe der Fleisch- und Kartoffelkarten.

Die Ausgabe der Fleischkarten für die Zeit vom 10. Mai bis 6. Juni ds. Js., sowie der Kartoffelkarten für die Zeit vom 16. Mai bis 16. August erfolgt in der Schloßkaserne in nachstehender Reihenfolge:

Am Dienstag, den 11. Mai ds. Js., vormittags von 9 bis 1 Uhr, an die Familien mit den Anfangsbuchstaben

A bis mit F nachmittags von 3 bis 6 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben

G, H und K Am Mittwoch, den 12. Mai ds. Js., vormittags von 9 bis 1 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben

L bis mit R und Z, nachmittags von 3 bis 6 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben

S, Sch bis mit W. Zur Empfangnahme der Karten ist der Lebensmittelausweis, sowie die Kartoffelkarte mitzubringen. Durlach, den 8. Mai 1920. 1232 Kommunalverband Durlach-Stadt.

Reinverkaufspreise für Gemüse.

- Kartoffel 0.30 RM Spinat 0.40-0.50 RM Rote Rüben ohne Kraut 0.30 RM Kresse 1.50 RM Lattich 2.00 RM Lauch 0.50 RM Meerrettich 1.80 RM Mohrrüben 0.35 RM Sauertraut 0.50 RM Kohlsalat (Zrellanhsalat) 0.40-0.65 RM Rabieschen 0.20 RM Kürbissen und Wienerreichte 0.30 RM

Diese Preise wurden im Benehmen mit der Bad. Oberverforgung und dem Bad. Landesprelsamt festgestellt.

Über Ueberbreitung wird gegebenenfalls all übermäßige Preissteigerung angefallen. 1231 Durlach, den 7. Mai 1920.

Kommunalverband Durlach-Stadt.

Die Städtische Sparkasse Durlach

hat ihre Kassenstunden nunmehr wie folgt festgesetzt:

Samstags 8-1/2 Uhr an den übrigen Werktagen: vormitt. 8-12 Uhr, nachmitt. 2-4 Uhr. Der Verwaltungsrat. 0070

Bruchsaler Anzeigen.

Kommunalware.

Dem Kommunalverband sind 125 Knabenanzüge angeteilt zur Verforgung wirtschaftlich Schwacher. Abgabepreis 15.50 RM. Bedarfsmeldungen werden im Rathaus, Hof, Seitenbau, Zimmer Nr. 22 am

Dienstag den 11. Mai d. J. entgegengenommen. Die Zuteilung erfolgt nach dem Grad der Bedürftigkeit. 1230 Bruchsal, den 8. Mai 1920. Kommunalverband Bruchsal-Stadt.

Offenburger Anzeigen.

Die bestellten Bohnenstangen werden ab Montag, den 10. Mai, im Schleiergrün gegen Barzahlung ausgegeben. Der Preis beträgt 30 Wfg. pro Stüd. Mehr wie 50 Stüden werden pro Besteller nicht beauftragt. 1233

Der Stadtrat.

Der der Stadt Offenburg gehörige Wald darf nur auf den Stellwegen betreten werden; das Betreten außerhalb der Wege ist strengstens verboten. Zuwiderhandlungen haben Bestrafung auf Grund der §§ 28 und 29 des Gesetzes vom 25. Februar 1879 betr. das Forststrafrecht und Forststrafverfahren zu gewärtigen. 1235 Offenburg, den 7. Mai 1920. Das Bürgermeisteramt.

Die Alarmierung der Feuerwehr.

Die Stiene wird künftig an jedem ersten Montag im Monat, jeweils mittags 12 Uhr einer kurzen Probe unterzogen. Die nächste Probe wird kommenden Montag vorgenommen. 1234 Offenburg, den 5. Mai 1920. Das Bürgermeisteramt.

Berichtigung.

Die am Dienstag zur Ausgabe kommende Margarine kosten 100 Gramm RM. 2.47. 1236 Offenburg, den 8. Mai 1920. Städt. Lebensmittelamt.

Die Volkshäuser im Mädchen-Schulhaus Offenburg

sind in dieser Woche geöffnet: Mittwoch für Frauen Samstag für Männer jeweils von 1-8 Uhr. 1237